



## GdP erfolgreich für mehr Personal

**D**as Bundesland Bremen hat endlich wieder einen Haushalt. Der Senat verhängte im vergangenen Jahr Haushaltssperren und regiert seit Anfang des Jahres ohne beschlossenen Haushalt. Dies hat sich nun geändert. Die Bremische Bürgerschaft verabschiedete am 15. Juni in zweiter Lesung den Haushalt für die Jahre 2016 und 2017. Was bedeutet der neue Haushalt für die Innere Sicherheit in Bremen?

### 2600 neue Zielzahl bei der Polizei Bremen

Die SPD konnte sich bei den Haushaltsberatungen gegenüber den Grünen durchsetzen und korrigiert die in den Koalitionsverhandlungen als

Kompromiss gefundene Zielzahl von 2540 auf 2600 mit Wirkung zum 1. Juli nach oben. Der **Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe** sagte dazu: „Auf eingetretene objektive Veränderungen der Sicherheitslage, aber auch das subjektiv sinkende Sicherheitsgefühl reagieren wir und steuern die erforderlichen Ressourcen nach.“ Außerdem sollen rund 1,2 Millionen Euro in Schutzausrüstungen und Ausstattung sowie 4,3 Millionen in Fahrzeuge bei Polizei und Feuerwehr fließen. Schon lange kämpft die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für eine so hohe Zielzahl bei der Polizei Bremen. „Dass die Regierungsfaktionen jetzt auf 2600 Polizisten erhöhen wollen, ist die richtige Antwort auf die derzeitige Sicherheitslage in Bremen“, meint unser Vorsitzender **Jochen Kopelke**. Dass nun die Zielzahl mit Leben und Menschen gefüllt werden muss, ist uns allen klar. Die Poli-

zei Bremen arbeitet mit Sicherheit auf Hochtouren dran, geeignete Kolleginnen und Kollegen für den Bereich des Nichtvollzugs, aber auch angehende Polizeikommissare zu finden und sie einzustellen. Unsere Personalräte achten hier besonders drauf, damit wir endlich eine spürbare Entlastung in unseren einzelnen Dienststellen erfahren.

### 474 Zielzahl bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Die Zielzahl in Bremerhaven wurde weder von den Verantwortlichen in Bremerhaven, dem Senat oder der Regierungsfraktion der Bremischen Bürgerschaft nach oben korrigiert. Wir fordern eine Zielzahl von mindestens 495, das entspricht dem Verhältnis der Anpassung zur Polizei Bremen. Die Stärkung der Polizei ist derzeit unabdingbar. Wie der Fraktionsvorsitzende Tschöpe, aber auch andere Fraktionen wissen, hat sich die Sicherheitslage in unseren beiden Städten verändert, worauf auch in Bremerhaven reagiert werden muss. Wir kämpfen weiter für mehr Personal!

### Stadtamt Bremen mit Notfallplänen abgespeist

Das Stadtamt Bremen hätte bei den Haushaltsberatungen viel stärker in den Fokus der Haushälter genommen werden müssen. Die Kernzahl von 297 reicht bei Weitem nicht aus und wird auch nicht durch die temporäre Unterstützung von rund 68 Poolkräften und Auszubildenden gestärkt.

Die Bilder in den regionalen Medien im Mai sind nach wie vor schockierend. Um den Ansturm auf das Stadtamt einigermaßen in den Griff zu bekommen, forderte die Führung des Stadtamtes Hilfe bei der Polizei Bremen an. Druckgitter, die sonst beim Fußball oder Konzerten zum Einsatz kommen, mussten in Windes-

## BEFÖRDERUNGEN 2016

# Herzlichen Glückwunsch zur Beförderung

GdP fordert Abschaffung des einheitlichen Beförderungstermins

**D**ie Gewerkschaft der Polizei (GdP) gratuliert allen, die am 1. Juli befördert wurden.

Der Bremer Senat hatte sich Ende 2015 bewusst gegen vorzeitige Beförderungen und eine Ausnahme bei der Haushaltssperre entschieden und aufgrund des fehlenden Haushaltes die Beförderungen vom 1. 1. 2016 auf den 1. 7. verschoben. Im Bereich Inneres wurden so mindestens 400 000 Euro auf Kosten der Motivation von uns Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eingespart.

Die Bremische Bürgerschaft debattierte am 10. 12. 2015 zum Thema Beförderungen von Beamtinnen und Beamten. Die Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) äußerte wörtlich, dass Beförderungen „keine Selbstverständlichkeit“ sind. Der Antrag, die Beförderungen doch noch zu realisieren, wurde abgelehnt. Die Gewerkschaft der Polizei bleibt bei ihrem Standpunkt, den einheitlichen Beförderungstermin abzuschaffen und zusätzlich mehr Beförderungen zum Abbau der massiven Unterdeckung im Bereich der Polizei zu ermöglichen.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

eile aufgebaut werden, um die mehr als 300 wartenden Kunden mit Tageswartemarken zu beruhigen. Teilweise konnten nur 70 Anliegen bearbeitet werden.

Die Kolleginnen und Kollegen im Stadtamt haben es satt, beschimpft und beleidigt zu werden. Sie haben es satt, unter massivem Arbeitsdruck zu stehen und aufgrund dieser Zustände krank zu werden. Anfang Juni wurde gemeinsam mit dem Personalrat im Stadtamt eine Resolution erarbeitet, von den Mitarbeitern unterzeichnet und an den Senat übergeben. Wir lassen nicht locker und kämpfen für eine spürbare Verbesserung der Situation.

Die Rücktrittsforderung der Fraktion Die Linke gegenüber der Amtsleiterin Wessel-Niepel markierte eine weitere Eskalation im Zusammenhang mit der zentralen Dienstleistungsbehörde in Bremen. Offiziell fiel 2012 der Startschuss zur Modernisierung des Stadtamtes Bremen. Das Ziel dieser Modernisierung war und ist „eine größere Kundenzufriedenheit“ und „eine Arbeitsentlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,“ so **Innensenator Mäurer (SPD)** damals.

**Innere Sicherheit dominiert Debatten**

Der Stellenwert der Inneren Sicherheit wurde von allen Fraktionen in den Haushaltsberatungen erkannt,

benannt und floss in eine Vielzahl an Haushaltsänderungsanträgen. In den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses und der Debatte in der Bremischen Bürgerschaft wurde stets über unsere Arbeit für die Sicherheit in unseren Städten gesprochen. Die Gewerkschaft der Polizei konnte mehrere Forderungen durchbringen, alle wurden jedoch (noch) nicht umgesetzt. Kontinuierliche Schwerpunktsetzung bei der Inneren Sicherheit für die kommenden Jahre ist und bleibt unser Ziel.

**Wir kämpfen weiter, wir machen weiter Druck**

Die Erhöhung des Personals in einigen Bereichen der Inneren Sicher-

**TERMIN**

**Redaktionsschluss** für die **August-Ausgabe 2016**, Landesjournal Bremen, ist der **3. Juli 2016**.

Artikel bitte mailen an: Ahlersbande@t-online.de

**ZENTRALE DIENSTE**

**Wechsel an der Spitze der Fachgruppe**



**Nach acht Jahren im Vorstand der Fachgruppe Zentrale Dienste (FG ZD) übergibt Bernd Hinrichs (li.) symbolisch den „Stabellstab“ an seinen Stellvertreter Bernd Damberg. Bernd Hinrichs bleibt der Fachgruppe weiterhin erhalten und wird sich künftig als Beisitzer im Vorstand engagieren. Sein Nachfolger kündigt an: „Ich habe Respekt vor der Aufgabe und werde mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass in diesen schwierigen und angespannten Zeiten die Interessen unserer Mitglieder gewahrt bleiben.“**

**Übrigens: Die Vorstandssitzungen sind für alle Mitglieder offen und finden mittwochs um 16 Uhr in der GdP-Geschäftsstelle statt. Die genauen Termine können beim neuen Vorsitzenden erfragt werden. Bernd Damberg: „Wir freuen uns über jeden Gast, der einmal unverbindlich bei uns reinschnuppern möchte.“**

**Vorstand Zentrale Dienste**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

**Geschäftsstelle:**  
Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 9 49 58 50  
Telefax (04 21) 9 49 58 59  
Behörde: 1 09 48  
Internet: [www.gdp-bremen.de](http://www.gdp-bremen.de)  
E-Mail: [info@gdp-hb.de](mailto:info@gdp-hb.de)

**Redaktion:**  
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



## HAUSHALT 2016/2017 STEHT

heit bedeutet aber nicht, dass nun alles gut und besser ist. Innerhalb der Polizei Bremen muss die nächsten Jahre mit harten Einschnitten gerechnet werden. Das fehlende Personal riss Lücken, die so groß geworden sind, dass grundlegende Veränderungen getroffen werden sollen: Streichung von A11-bewerteten KOP-Stellen, Erhöhung der Aktenhalde und Streichung der Ermittlerlehrgänge und vieles mehr.

Im Stadtamt Bremen führt die teilweise Erhöhung des Personals in bestimmten Dienststellen zu Umzügen innerhalb und außerhalb der Standorte. Dabei wurden längst nicht alle grundlegenden Vorprüfungen auf Asbest o. Ä. so durchgeführt, wie es Standard ist. Solche Maßnahmen sor-

gen immer für aufgewühlte Stimmung innerhalb der Belegschaft. Man ist stets gut beraten, dabei den Personalrat und unsere Gewerkschaft mit einzubinden!

### GdP-Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ wirkungsvoll

Die deutschlandweit geführte Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ führte auch in Bremen und Bremerhaven zum gewünschten Erfolg. In unserer Gesellschaft wurden wir mehrfach für die Art dieser Kampagne gelobt. „Individuell und modern“ nannten viele Bürgerinnen und Bürger unsere Verteilaktionen, um auf die Kampagne aufmerksam zu machen. Wann fuhr schon mal ein

Fahrzeug mit dem Schriftzug „Deutschlands Kriminelle freuen sich“ durch die Stadt? Wann war ein Kuhfuß jemals Flyer, um für mehr Personal bei der Polizei zu kämpfen?

Wir möchten uns bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern für die tolle Arbeit bedanken. Über die Internetplattform wurden unzählige E-Mails an Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft verschickt. Diese E-Mails führten zu einer Vielzahl an persönlichen Einladungen und Gesprächen in Fraktionen, um das Problem der gesunkenen Sicherheit zu erörtern. Wie heißt es auf den Kaffeetassen: „Ein starker Kaffee alleine reicht nicht.“

Der Landesvorstand

## BESOLDUNGSZULAGEN ANPASSEN

# Anforderungen gestiegen – Zulagen nicht

Die GdP legt einen Forderungskatalog Zulagen vor

**D**ie Anforderungen an Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte steigen kontinuierlich. Chronischer Personalmangel in Kombination mit Alarmierungen und bedarfsorientierten Diensten führt die Kolleginnen und Kollegen vermehrt in Nacht- und Wochenenddienste. Doch wer zu diesen Zeiten arbeitet, kann am Alltag der Familien und Freunde nur noch eingeschränkt teilnehmen. Und das jahrelange Nachtarbeit krank machen kann, ist unbestritten. Neben der steigenden Belastung durch veränderte Arbeitszeiten sind es aber auch die zunehmenden Aufgaben und die sinkende Hemmschwelle beim polizeilichen Gegenüber. So nehmen Angriffe auf Polizeibeschäftigte kontinuierlich zu und nicht umsonst bereitet sich die Polizei auf einen Antiterrorereinsatz vor.

Diese besonderen Anforderungen an die Polizei sollen mit Zulagen ausgeglichen werden. Doch diese sind veraltet, haben mit den veränderten Rahmenbedingungen nicht Schritt gehalten und gleichen die Erschwernisse nur unzureichend aus. Hier muss dringend nachgebessert werden.

### Polizeizulage

Die 1971 eingeführte Polizeizulage soll die Besonderheiten des polizeilichen Vollzugsdienstes ausgleichen. Dieser Dienst umfasst dabei unter anderem die notwendigen unaufschiebbaren Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Er ist im Wesentlichen geprägt durch schnelle und verant-

wortliche Entscheidungen, ein hohes Maß an physischen und psychischen Belastungen und die ständige Bereitschaft, zum Schutz der Allgemeinheit erforderlichenfalls auch Leben und Gesundheit einzusetzen. Diese Zulage beträgt seit Anfang 1999 unverändert 63,69 Euro nach einem Dienstjahr und 127,38 Euro nach zwei Dienstjahren. In der Zeit von 1990 bis 2007 (2010 für Beamte bis A 9) war diese Zulage ruhegehaltstfähig.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert:

- eine Anhebung der Polizeizulage auf 75 Euro nach einem Dienstjahr und 150 Euro nach zwei Dienstjahren,
- eine Dynamisierung der Zulage und
- die Ruhegehaltstfähigkeit.

### Schicht- und Wechseldienstzulage

Ziel der Wechselschicht- und Schichtdienstzulage ist die finanzielle Entschädigung für wechselnde tägliche Arbeitszeiten. Beim Wechselschichtdienst muss in wechselnden Arbeitsschichten, ununterbrochen bei Tag und Nacht, werktags, sonntags und feiertags gearbeitet werden. Schichtdienst sieht einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Zeitabschnitten von längstens einem Monat vor. Systematisch ist die Schicht- und Wechselschichtzulage als eine Aufstockung der Polizeizulage zu betrachten. Das ist auch der Grund, warum sie an Polizeibeamtinnen und -beamte nur zur Hälfte ausgezahlt wird. Die Höhe der (halbierten) Wechselschichtzulage ist seit 1980 unverändert. Damals betrug sie 100 Deutsche Mark, heute 51,13 Euro.

Schicht- und Wechselschichtzulage sind zu einer Zeit entstanden, in der in festen Schichten gearbeitet wurde. Der heute verbreitete bedarfsorientierte variable Dienst ist zwar mindestens ebenso belastend, wird aber schlechter vergütet. Fehlt der Schichtwechsel, kann die Zulage sogar vollständig entfallen.

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Der Bund hat bereits 2013 die Schicht- und Wechselschichtzulage durch eine „Zulage für Dienst zu wechselnden Zeiten“ abgelöst. Diese neue Zulage wird weiterhin neben der „Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten“ (DuZ) gewährt. Es muss für den Anspruch der Zulage nicht mehr in einem Schichtsystem gearbeitet werden.

Die Berechnung der Zulage erfolgt individuell. Es sind im Berechnungs-

monat mindestens vier Dienstpaa-re zu leisten. Ein Dienstpaa-re muss aus zwei Diensten bestehen, deren Anfangszeiten mindestens sieben Stunden und maximal 17 Stunden auseinanderliegen. Weiterhin ist es erforderlich, dass im Berechnungsmonat mindestens fünf Stunden Dienst in der Zeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr geleistet wird. Dabei wird nur Voll-dienst, kein Bereitschaftsdienst be-rücksichtigt.

Die Höhe der monatlichen Zulage richtet sich nach der Anzahl der in ei-

nem Kalendermonat zwischen 20 Uhr und 6 Uhr geleisteten Nachtdienst-stunden (sog. Grundbetrag). Nachtdienst ist immer ein Dienst, der zwi-schen 20 Uhr und 6 Uhr zu leisten ist. Je Stunde werden 2,40 Euro, höchst-ens jedoch ein Grundbetrag von 108 Euro im Monat gezahlt. Für Stunden, in denen zwischen 0 Uhr und 6 Uhr Dienst geleistet wurde, wird noch zu-sätzlich ein Euro pro Stunde gezahlt. Weiterhin erhöht sich die Zulage noch einmal um 20 Euro, wenn im Berechnungsmonat mindestens dreimal Dienste an einem Samstag, Sonntag oder Feiertag anfielen. Die vom Bund gezahlte Zulage für Dienst zu wech-selnden Zeiten kann dabei im Monat bis zu 170 Euro erreichen.

Die GdP fordert eine Übernahme der Vorschriften für die „Zulage für Dienst zu wechselnden Zeiten“ des Bundes.

### Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten

Die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten soll der finanzielle Aus-gleich für gesundheitlich belastende Nachtdienste und den sozial belas-tenden Dienst an Wochenenden und Feiertagen darstellen. Heute beträgt die Zulage für Dienst

- an Sonntagen und gesetzlichen Wo-chenfeiertagen, an den Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie am 24. und 31. Dezember nach 12 Uhr, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen, 3,32 Euro je Stunde (ab 1. Juli 2016),
- an den übrigen Samstagen in der Zeit zwischen 13 Uhr und 20 Uhr 0,64 Euro (Polizei 0,77 Euro) je Stunde und
- in der Zeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr 1,28 Euro je Stunde.

Die sozialen Nachteile durch die konkreten Dienstzeiten werden durch die Höhe der Zulage nicht ansatzwei-se ausgeglichen.

Die Gewerkschaft der Polizei for-dert eine

- Anhebung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten auf mindestens fünf Euro und eine
- künftige Dynamisierung der Zulage.

### Zulage für Polizeivollzugsbeamte für besondere polizeiliche Einsätze

Durch diese Zulage sollen die be-sonderen Erschwernisse für Angehö-

## JUNGE GRUPPE

**HERAUSFORDERUNG. MIT SICHERHEIT.**  
 Bis zu 10.000€ bekommst du, wenn du aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig die Ausbildung beenden musst\*.  
 Wir unterstützen dich nicht nur in der Ausbildung, wir sichern dich sogar ab. Informier dich unter [www.gdp-hb.de](http://www.gdp-hb.de) oder telefonisch unter 0421/9495850.

**JUNGE GRUPPE**  
 Gewerkschaft der Polizei



## BESOLDUNGSZULAGEN ANPASSEN

rige spezieller Polizeieinheiten, die für Maßnahmen in ganz besonderen Lagen vorgesehen sind, ausgeglichen werden. In Bremen wird diese Zulage in Höhe von 153,39 Euro an Polizeibeamtinnen und -beamte gezahlt, die

- in einem mobilen Einsatzkommando,
- in einem Spezialeinsatzkommando für besondere polizeiliche Einsätze,
- unter einer auf Dauer angelegten veränderten Identität (Legende) als verdeckter Ermittler tätig sind.

Der Bund hat inzwischen die Zulage massiv erhöht und weitere Einheiten in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen. Doch die Gefährdung von Beamtinnen und Beamten des Landes Bremen ist nicht geringer als die des Bundes in vergleichbaren Einheiten. Terroristen und andere Kriminelle agieren grenzüberschreitend. Sie sind in Bremen ebenso gefährlich wie in anderen Bundesländern.

**Die GdP fordert eine Zulage für besondere Einsätze in Höhe von:**

- 400 Euro für Angehörige des Mobilen Einsatzkommandos,
- 400 Euro für Angehörige des Spezialeinsatzkommandos,
- 260 Euro für verdeckte Ermittler, die unter einer auf Dauer angelegten Identität (Legende) tätig sind,
- 150 Euro für Angehörige der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit,
- 150 Euro für Angehörige der Zivilen Einsatzdienste.

### Zulage für Tätigkeiten der Sprengstoffschärfer und Sprengstoffermittler

Erschwerniszulage nach § 11 EZu-IV a.F.

Der Bund hat mit dem Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes bei der Bundeswehr vom 26. Februar 2015 die Erschwerniszulagenverordnung des Bundes geändert.

Diese Veränderungen gelten auch für Polizeibeamtinnen und -beamte des Bundes. Vor diesem Hintergrund ist nicht nachvollziehbar, warum Sprengstoffschärfer und Sprengstoffermittler des Bundes im Vergleich zu denen des Landes Bremen eine höhere Zulage bekommen. Die Gefährdung ist absolut identisch.

**Die GdP fordert daher die**

- Anhebung auf 35,78 Euro je Einsatz.
- Eine Erhöhung auf bis zu 357,80 Euro je Einsatz, wenn besondere Schwierigkeiten bei dem Unschädlichmachen oder Delaborieren von Spreng- und Brandvorrichtungen oder ähnlichen Gegenständen, die explosionsgefährliche Stoffe enthalten, entstehen.
- Für Beamte mit gültigem Nachweis über eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung zum Sprengstoffermittler zusätzlich 21,48 Euro je Einsatz.
- Den Wegfall der Höchstgrenzen.

## POLITIK

# Konferenz der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU

Nationaler Sicherheitspakt: Innenexperten der Union treiben Forderung der Bremer CDU-Fraktion voran

**Auf der Konferenz der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern in Schwerin haben sich die Unionspolitiker in ihrer Abschlusserklärung heute für die Forderung der CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen nach bundesweiten Standards für eine erhöhte Stärke und Ausstattung der Polizei ausgesprochen.**

Die Innenexperten von CDU/CSU in Bund und Ländern schließen sich dem Vorschlag der Bremer Christdemokraten an, bundesweit ausstattungsbezogene Standards bei der Polizei festzulegen, die im Personalausmaß um fünf Prozent über dem derzeitigen Personalausmaß liegen. Am Beispiel der Polizei bedeutet dieses ca. 15 000 zusätzliche Beamtinnen und Beamte bundesweit. Dieses soll durch Bund und Länder haushalterisch abgesichert und im Zuge der

Haushaltsbeschlussfassung „vor die Klammer“ gezogen werden.

„Wir mussten durch Ereignisse wie die Silvesternacht in Köln gestehen, dass die Wehrhaftigkeit des Staates und die Durchsetzungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden begrenzt ist. Hinzu kommt in Bremen die personelle Unterbesetzung, die Innensenator Ulrich Mäurer seit Jahren hinnimmt. Die innere Sicherheit nach Kassenlage der Länder zu gestalten, ist unverantwortlich. In Bremen darf es nicht weniger sicher sein als in Bayern oder Sachsen“, sagt **Wilhelm Hinners, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Bremen**. Daher habe man das Thema auch auf der Konferenz der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern eingebracht und freue sich über die deutliche Zustimmung.

Ein entsprechender Dringlichkeitsantrag „Pakt für die innere Sicherheit“ (Drs. 19/296) der CDU-Fraktion

wurde im April in der Bremischen Bürgerschaft debattiert und wird zurzeit in der Innendeputation weiter beraten. Während die Fraktionen von SPD und Grünen zum Vorschlag der CDU-Fraktion keine gemeinsame Auffassung fanden und zum Teil eine völlig konträre Auffassung hatten, begrüßte Innensenator Ulrich Mäurer die Initiative der CDU-Fraktion ausdrücklich.

„Wir erwarten deshalb, dass der Innensenator auch im Bundesrahmen und bei der Innenministerkonferenz auf einen Pakt für die innere Sicherheit hinwirkt“, so Wilhelm Hinners abschließend.

Die Schweriner Erklärung der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern finden Sie unter

[http://fraktion.cdu-bw.de/fileadmin/user\\_upload/infothek/Innenpolitik/Schweriner\\_Erklärung.pdf](http://fraktion.cdu-bw.de/fileadmin/user_upload/infothek/Innenpolitik/Schweriner_Erklärung.pdf)



## Randaleliga?

Am 26. 5. 2016 debattierte die Bremische Bürgerschaft die **große Anfrage der SPD** mit dem Titel „Angriffe gegen Polizeibeamte: Punkten mit Randale?“. Der Senat beantwortete 14 Fragen im Zusammenhang mit Übergriffen auf Polizistinnen und Polizisten. **Sükrü Senkal (SPD), Sprecher für Innenpolitik**, verurteilte zudem noch einmal generell die Gewalt gegen Polizeibeamte mit deutlichen Worten. „Gewalt gegen die Polizei ist kein Spaß und kein Wettkampf“, sagte er. „Denn Polizei ist kein abstraktes Gebilde. Kein Gebäude, das man mit Farbe beschmiert, keine Statue die man umwirft oder keine Veranstaltung, die man verhindert. Hinter der staatlichen Uniform

stecken Menschen mit Familie und Freunden.“ Er verwies in seiner Rede auf die Kampagne AUCH MENSCH der JUNGE GRUPPE (GdP). Für die CDU sprach **Marco Lübke** und wies darauf hin, dass „wir als Vertreter der Bremerinnen und Bremer aufgerufen sind klarzumachen, dass Polizeibeamte, egal ob sie im Streifendienst, beim Fußballereinsatz oder sonst wo zum Einsatz kommen, Repräsentanten unseres Staates, Repräsentanten von uns allen sind.“ **Wilko Zicht von Bündnis 90/Die Grünen** hob hervor, dass gewalttätige Übergriffe auf Polizisten nicht zu rechtfertigen sind. Aber er sagte auch: „Gewalt erzeugt Gegengewalt“. Das Schlusswort der Debatte hatte **Staatsrat Thomas Ehm-**

**ke (SPD)**, der die Erwartungshaltung von Polizeibeamten aufgriff, dass der Dienstherr voll und ganz hinter den Polizeibeamten steht. Als Gewerkschaft der Polizei begrüßen wir diese offen geführte Debatte über die gestiegene Gewalt gegenüber Polizeibeamten. Im Jahr 2015 wurden jeden Tag zwei Kolleginnen und Kollegen Opfer einer Straftat. Diese Zahl ist viel zu hoch! Die Auch-Mensch-Kampagne trägt nach wie vor dazu bei, dass dieses Thema in unserer Gesellschaft nicht untergeht!

**Die Debatte sowie die schriftlichen Antworten auf die große Anfrage sind im Internet auf unserer Homepage zu finden.**

## FACHGRUPPE SENIOREN

# Unser diesjähriges Seminar in Tossens

Vom 23. bis 25. 5. 2016 fand unser gut frequentiertes GdP-Fachgruppenseminar der Senioren im Gästehaus Nöckel statt. Nach der obligatorischen Vorstellungsrunde stellte der bewährte Seminarleiter **Wolfgang Karzenburg** das Programm für die nächsten drei Tage vor. Zur visuellen Darstellung hatte er seinen privaten Beamer und Laptop mitgebracht. Drei große Themenbereiche wurden von uns abgearbeitet:

- Vorstellung der neuen APS-Broschüre,
- Einstieg in den demografischen Wandel.
- Anschreiben an zukünftige Pensionäre überarbeiten und modifizieren.

Als Gruppenarbeit zu dem Thema: „10 gute Gründe in der GdP zu bleiben“ wurden drei Gruppen gebildet, die mittels Flipcharts Stichwörter zu dem Thema darstellten und dazu kurz referierten. Hieraus entwickelte sich eine offene Diskussion mit zahlreichen Wortbeiträgen.

Auch zu dem Entwurf des geplanten, neuen Beamtenversorgungsgesetzes und den daraus resultierenden historischen Kürzungen für uns, wenn es verabschiedet werden sollte, entwickelte sich eine lebhaft bis hitzige Diskussion.

Hierzu führte unser Landesvorsitzender **Jochen Kopelke** aus, dass der Haushalts- und Finanzausschuss dem Entwurf aktuell nicht zugestimmt hat und dazu eine Expertenanhörung im August 2016 unter Beteiligung der GdP stattfindet. Hoffen wir, dass der Entwurf dann keine abermaligen Kürzungen mehr für uns vorsieht.

Jochen berichtete noch über Zielzahlen, die Haushaltsberatungen und über die Mitgliederentwicklung in

der GdP. Hierzu beantwortete er auch zahlreiche Wortmeldungen.

Das Seminar zeigte wieder mal, wie groß das Interesse der Pensionäre an aktuellen Themen rund um unsere Polizei ist, haben wir sie doch in der Vergangenheit mit geprägt und gestaltet und natürlich auch, ganz wichtig, das Interesse über uns tangierende Themenbereiche in diesem Lebensabschnitt.

**Wolfgang Stanger**



Die Teilnehmer der Senioren am Seminar in Tossens.



RECHTSSCHUTZ

# Krank im Urlaub – Rechte und Pflichten von Arbeitnehmern

**F**rau Y. kam mit folgendem Anliegen zu mir: Sie war während ihres Urlaubs erkrankt, ihr Arzt hatte sie noch am ersten Urlaubstag krankgeschrieben. Am nächsten Arbeitstag hatte sie sich an der Dienststelle krank gemeldet und eine entsprechende Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung übersandt. Die Arbeitnehmerin bat um Gutschrift von drei Urlaubstagen an denen sie erkrankt war.

Die Personalstelle schrieb ihr zwei Tage als Urlaubstage gut, verweigerte jedoch eine Gutschrift für den ersten Krankheitstag mit der Begründung, Frau Y. habe ihre Vorgesetzte nicht „unverzüglich“ über ihre Arbeitsunfähigkeit am ersten Krankheitstag informiert, sondern erst am Tag darauf. Weil sie ihrer unverzüglichen Anzeigepflicht nach § 5 Abs. 1 S. Entgeltfortzahlungsgesetz (EFZG) nicht nachgekommen sei, könne keine Urlaubsgutschrift für den ersten Krankheitstag erfolgen.

§ 5 Abs.1 S.1 EFZG hat folgenden Wortlaut:

**„Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, dem Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer unverzüglich mitzuteilen.“**

„Unverzüglich“ bedeutet, dass die Anzeige regelmäßig am ersten Tag vor Arbeitsbeginn erfolgen muss. Verletzt der Arbeitnehmer seine Anzeigepflicht, so kann im Wiederholungsfall nach vorhergehender Abmahnung schlimmstenfalls eine Kündigung drohen.

Die Frage, was bei Erkrankung des Arbeitnehmers mit dem eingereichten Urlaubstagen geschieht, regelt eine andere Vorschrift, nämlich § 9 BUrlG:

**„Erkrankt ein Arbeitnehmer während des Urlaubs, so werden die durch ärztliches Zeugnis nachgewiesenen Tage der Arbeitsunfähigkeit**

**auf den Jahresurlaub nicht angerechnet.“**

Schon der Wortlaut der Vorschrift macht deutlich, dass es für die Nichtanrechnung lediglich auf den Nachweis durch ein ärztliches Zeugnis ankommt, die unverzügliche Anzeige der Arbeitsunfähigkeit nach § 5 Abs.1

S.1 EFZG hingegen keine notwendige Voraussetzung ist. Auch eine entsprechende Anwendung verneint die einschlägige Literatur.

Nach kurzem Schriftverkehr zeigte sich die Personalstelle einsichtig und schrieb einen weiteren Urlaubstag gut.

**RAin Dr. C. Albrecht-Sautter**

GdP-SERVICE-GmbH

**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei

**13. August 2016**  
**ab 19.30 Uhr**

Paulaner's im Wehrschloss  
Hastedter Osterdeich 230, Bremen

# Bayrischer Abend

**Empfang**  
19.30 - 20.15 Uhr

**Bayrisches Grillbuffet**  
ab 20.15 Uhr

**Anschließend Party mit DJ**

**Wettkämpfe**  
Wahl des schönsten bayrischen Outfits  
Bierkrug-Stemmen  
Nageln

Eintrittspreis: **13,00 €**  
inkl. bayrischem Grillbuffet

Kartenvorverkauf  
unter 0421 / 9495850



Veranstalter:  
Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Bremen

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick.

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)

SENIOREN

## Monatstreffen

**Sommerpause:** In den Monaten Juli und August 2016 finden keine Treffen statt.



KLEIDER- UND BEWEGUNGSGELD GESTRICHEN

# Jetzt geht's ans Eingemachte

15,34 € Bewegungsgeld erhielten Ermittler im Außendienst monatlich pauschal ausgezahlt und dazu noch sagenhafte 12,27 € Kleidergeld. Wohl-gemerkt, nur Außendienstler, nicht die leitenden Funktionen, nicht die Analy-lysten, alle die nicht, die einen reinen Büroarbeitsplatz haben. Das darf nicht sein, meinte bereits 2014 der Landes-rechnungshof. So einfach pauschal Monat für Monat Spesen und ein biss-chen Kleingeld für die Reinigung der im Dienst verdreckten Klamotten aus-zahlen, das geht ja gar nicht.

Dieser Meinung schloss sich nun der Innensenator an und verfügte das Ende der pauschalen Zahlungen. Wer

Spesen hat, muss diese jetzt Monat für Monat aufschreiben und natürlich auf einem neuen Formblatt einrei-chen. Der Sachgebietsleiter kontrol-liert, überträgt in eine neue Liste und schickt sie an die Verwaltung. Dort wird wieder geprüft und dann weiter-geleitet an Performa Nord. Dann gibt es irgendwann das verauslagte Geld zurück.

Tolle Regelung, spart mächtig ein.

Glaubt das der Rechnungshof wirk-lich, oder der Innensenator? Zu wenig Polizisten in der Stadt, aber Zeit für Spesenabrechnungen verplempern, statt die pauschale Regelung beste-hen zu lassen?

**Liebe Außendienstler, liebe Er-mittler. Wir müssen jetzt beweisen, dass wir das Bewegungsgeld in den letzten Jahren nicht zu Unrecht be-kommen haben. Wir müssen jetzt schreiben! Jeden Monat! Und wer weiß, ob wir tatsächlich immer mit 15,34 Euro auskommen. Jetzt wird nicht mehr privat zugebuttert.**

**Stimmen wir das Lied an: Hurra, Hurra, der Pattezettel ist wieder da.**

**Wolfgang Ahlers**

SEMINAR DER LANDESFRAUENGRUPPE IN TOSSENS

## Frauen arbeiten immer

In den ersten drei Tagen des Mo-nats Juni war es wieder soweit. Die Landesfrauengruppe hatte nach Tossens eingeladen und wie bereits in den vergangenen Jahren waren alle Sparten des Landesbezirks vertreten.

Am ersten Tag hatte es sich Jochen Kopelke, der Landesvorsitzende der GdP, nicht nehmen lassen, nach Tos-sens zu kommen. Interessiert wurde sein kurzer Vortrag über die derzeiti-ge Situation in den Polizeien des Landes, beim Stadtamt, dem Senator für Inneres und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven aufgenommen. Für die Teilnehmerinnen war es nur ein kleiner Trost, dass die Perso-nalknappheit omnipräsent ist. Das Resümee einer Kollegin lautete: „Die Arbeitsverdichtung wird steigen, die Wertschätzung wird sinken.“

Obwohl Jochen Kopelke erst seit zwei Jahren amtierender Vorsitzen-der des GLV ist, wurde allen schnell klar, dass eine neue Ära begonnen hat. Sein klares Statement für mehr Frauen in den Gremien und im Vor-stand bedeutet gleichzeitig eine Auf-forderung an die Frauen, ihr gewerk-schaftliches Engagement zu steigern.

Dass das Interesse der Teilneh-merinnen groß ist, bewiesen sie an den Folgetagen. Mit großem Enthusi-asmus widmeten sie sich dem Haupt-thema „Führen in Teilzeit.“



Gute Stimmung bei allen Seminarteilnehmerinnen

PowerPoint-Präsentationen zu die-sem Themenbereich waren hilfreich bei der Erstellung eines Konzeptes, das vielleicht dazu beitragen kann, die Behördenleitungen zu inspirieren, neue Wege zu beschreiten und für den Wettstreit mit der freien Wirt-schaft um qualifizierte Fachkräfte ge-rüstet zu sein.

Am Abend des vorletzten Tages kamen mit **Doris Hoch, Fraktionsvor-**

**sitzende der Grünen, und Silvia Neu-meier, Abgeordnete der CDU**, in der Bürgerschaft, noch zwei seit Jahren geschätzte Politikerinnen hinzu, die Einblicke in die Frauenarbeit ihrer Parteien gaben.

Arbeit ist das eine, Freizeit das an-dere. Die fand natürlich abends statt. Doch darüber wird nichts erzählt.

**Siggi Holschen**

